



Redigiertes Wortprotokoll der 30. Sitzung

Ausschuss für Tourismus

Berlin, den 10. Juni 2026, 15:00 Uhr
Paul-Löbe-Haus
4.600

Vorsitz: Anja Karliczek, MdB

Tagesordnung – Öffentliche Anhörung

Tagesordnungspunkt

Seite 4

Öffentliche Anhörung zum Thema
„Tourismusförderung und -finanzierung“



Teilnehmende Ausschussmitglieder

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Babendererde, Dr. Cornell-Anette Donth, Michael Karliczek, Anja Kießling, Michael	
AfD	Brucker, Erhard Münzenmaier, Sebastian	
SPD	Zierke, Stefan	
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Gastel, Matthias Schmidt, Stefan	
Die Linke	Gennburg, Katalin	



Liste der Sachverständigen

Öffentliche Anhörung zum Thema
„Tourismusförderung und -finanzierung“
am Mittwoch, 10. Juni 2026, 15:00 – 16:00 Uhr

Dr. Michael Braun

Geschäftsführender Vorstand Tourismusverband Ostbayern e.V., Gesellschafter der Bayern
Tourismus Marketing GmbH

Brigitte Goertz-Meissner

Präsidentin Deutscher Heilbäderverband e.V.

Michael Höflich

Geschäftsführer Tourismus Initiative München (TIM) e.V.

Dr. Catrin Homp

Geschäftsführerin Tourismusverband Schleswig-Holstein e.V.

Das Gesamttabelleau der Sachverständigen wurde im Einvernehmen aller Fraktionen
vorgesprochen und beschlossen.



Tagesordnungspunkt

Öffentliche Anhörung zum Thema „Tourismusförderung und -finanzierung“

Hierzu wurden verteilt:

- A-Drs. 21(20)68
- A-Drs. 21(20)69
- A-Drs. 21(20)70
- A-Drs. 21(20)71

Vors. **Anja Karliczek** (CDU/CSU): Ich darf Sie alle ganz herzlich zur heutigen öffentlichen Anhörung zum Thema „Tourismusförderung und -finanzierung“ begrüßen, die auch im *Livestream* übertragen wird.

Ganz besonders begrüße ich unsere Damen und Herren Sachverständigen in alphabetischer Reihenfolge.

- **Dr. Michael Braun** (Geschäftsführender Vorstand Tourismusverband Ostbayern e.V., Gesellschafter der Bayern Tourismus Marketing GmbH)
- **Brigitte Goertz-Meissner** (Präsidentin Deutscher Heilbäderverband e.V.)
- **Michael Höflich** (Geschäftsführer Tourismus Initiative München (TIM) e.V.)
- **Dr. Catrin Homp** (Geschäftsführerin Tourismusverband Schleswig-Holstein e.V.)

Alle vier Sachverständigen haben die erbetenen schriftlichen Stellungnahmen abgegeben, die an die Ausschussmitglieder verteilt und als Ausschussdrucksachen veröffentlicht wurden.

Für das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWE) begrüße ich Ministerialrätin Katharina Kollmann.

Als besondere Gäste darf ich heute eine chinesische Studiengruppe von der Fachhochschule des Mittelstandes am Campus Berlin, begleitet von Frau Professorin Dr. Heike Bähre, begrüßen. Wir freuen uns über Ihren Besuch und darüber, dass Sie sich für unseren Ausschuss interessieren.

Zum Ablauf der Anhörung haben wir uns interfraktionell darauf geeinigt, dass wir zwei Fragerunden à sechs Minuten je Fraktion durchführen. Das bedeutet, dass das Stellen der Fragen und die Antworten der Sachverständigen innerhalb dieser sechs Minuten stattfinden müssen.

Die erste Runde beginnen wir mit der Unionsfraktion. Ich erteile dem Abg. Michael Kießling das Wort.

Abg. **Michael Kießling** (CDU/CSU): Meine Fragen richten sich an Herrn Höflich.

Was sind die spezifischen organisatorischen und inhaltlichen Besonderheiten des „Münchner Modells“ zur Finanzierung des Tourismus? Was sind die über die Finanzierung hinausgehenden Vorteile? Wie funktioniert die öffentliche und private Kooperation in München? Sind diese Modelle übertragbar auf andere Kommunen und Städte?

Michael Höflich (Tourismus Initiative München (TIM) e.V.): Wenn wir über das „Münchner Modell“ sprechen, dann geht es in erster Linie um die gemeinsame Finanzierung von Tourismusmarketing. Das greift aber tatsächlich als Beschreibung zu kurz. Denn die eigentliche Besonderheit des „Münchner Modells“ ist die institutionalisierte Zusammenarbeit zwischen der Tourismuswirtschaft auf der einen und der öffentlichen Hand in München auf der anderen Seite. Da gehört natürlich die gemeinsame Finanzierung dazu.

Die Landeshauptstadt München und wir als Vertreter der Münchner Tourismuswirtschaft zahlen jedes Jahr in einen gemeinsamen Tourismusfonds ein. Unsere Initiative legt dort jedes Jahr ungefähr eine halbe Million Euro an. Über die Verwendung dieser Mittel wird dann in einer gemeinsamen Tourismuskommision entschieden. Dadurch entsteht ein hohes Maß an Verbindlichkeit und gemeinsamer Verantwortung. Der eigentliche Mehrwert dieses Konstrukts liegt darin, dass sich diese Zusammenarbeit eben nicht nur auf ein, zwei Sitzungen der Tourismuskommision im Jahr beschränkt, sondern dass unsere Initiative und „München Tourismus“ als Vertreter der Landeshauptstadt München



kontinuierlich gemeinsam an der Entwicklung der Destination arbeiten.

Über die Jahre haben wir Strukturen aufgebaut, also gemeinsame Gremien und Arbeitsgruppen. Dabei geht es beispielsweise um die Weiterentwicklung des Kongressstandortes, um die internationale Marktbearbeitung sowie um Themen wie Digitalisierung, Nachhaltigkeit, Mobilität, Besucherlenkung, bis hin zur Frage, wie man den Tourismus bei Gästen und Einheimischen gleichermaßen positiv wahrnehmbar machen kann.

Die touristische Wirtschaft wird nicht erst eingebunden, wenn in der Stadt München Entscheidungen getroffen worden sind, die die Tourismusbranche insgesamt betreffen, sondern wir haben die Möglichkeit, unsere Marktkennntnis und praktischen Erfahrungen schon bei der Entwicklung von Strategien und Maßnahmen mit einzubringen. Umgekehrt bekommen wir als Tourismusbranche eben auch Einblick in die Herausforderungen, mit denen die öffentliche Hand konfrontiert ist.

Wir kombinieren in diesem „Münchner Modell“ zwei wichtige Aspekte. Zum einen die strategische Langfristigkeit der Planung des Tourismus in München und gleichzeitig die operative Handlungsfähigkeit. Dabei gibt die Tourismuskommission den strategischen Rahmen vor. Gleichzeitig können wir in sehr schnellen Abstimmungsstrukturen neue Entwicklungen im Markt und veränderte Rahmenbedingungen aufnehmen, auf die wir schnell reagieren können.

Was die Übertragbarkeit auf andere Kommunen anbelangt, denke ich, dass dieses Modell nicht „eins zu eins“ auf jede Region in Deutschland übertragbar ist. Gleichwohl bin ich überzeugt, dass dieses Modell einer öffentlich-privaten Partnerschaft, die wir seit zwölf Jahren praktizieren, durchaus den großen Vorteil bringt, dass man gemeinsam echtes Destinationsmanagement betreibt. Das ist ein Vorteil, der über die gemeinsame Finanzierung hinausgeht und der sich auch auf kleinere und mittelgroße Destinationen übertragen lässt. Für die Einrichtung eines solchen Modells wäre sicherlich ein gewisser Anschub bzw. eine Förderung notwendig. In Bayern gab es schon verschiedene

Versuche, dieses Modell in die Fläche zu bringen. Kleineren und mittelgroßen Kommunen fehlt es oft an den finanziellen und personellen Ressourcen, um in einen solchen Prozess einzusteigen. Insofern wäre es aus unserer Sicht notwendig, bei der Übertragung dieses Modells auf andere Kommunen eine entsprechende Förderung zu gewähren, beispielsweise über das LIFT-Programm (*Anm.: Programm des BMW zur Leistungssteigerung und Innovationsförderung im Tourismus*).

Vors. **Anja Karliczek** (CDU/CSU): Die nächste Frage stellt für die AfD-Fraktion Abg. Sebastian Münzenmaier.

Abg. **Sebastian Münzenmaier** (AfD): Ich habe zwei Fragen. Die erste geht an Frau Dr. Homp. Sie haben in Ihrer Stellungnahme auf die Folgeinvestitionen nach Förderung touristischer Infrastruktur hingewiesen. Können Sie das noch näher ausführen? Welche Anreize kann man setzen, damit private Investoren bereit sind, zu investieren? Wie steht es um die Fähigkeit der Kommunen, ihren Eigenanteil zu leisten, um in den Genuss der Förderung zu gelangen? Es ist ja oft ein Problem, dass die Kommune noch nicht einmal den Eigenanteil gestemmt bekommt. Welche Gegebenheiten sind aus Ihrer Sicht wichtig, um die private Beteiligung an Förderprojekten noch attraktiver zu machen? Was müsste man dazu ändern?

Meine nächste Frage richtet sich an Frau Goertz-Meissner. Sie haben in Ihrer Stellungnahme die wirtschaftlich kritische Lage von Thermalbädern geschildert. Können Sie dazu noch näher eingehen? Vielleicht haben Sie dazu aktuelle Zahlen auf Bundesebene. Wie viele Thermalbäder sind aktuell bedroht? Drohen Schließungen oder Prädikatsverlust? Was wäre aus Ihrer Sicht von Seiten der Bundespolitik zu veranlassen, um diesen Entwicklungen entgegenzutreten?

Vors. **Anja Karliczek** (CDU/CSU): Liebe Frau Dr. Homp, wir starten mit Ihnen.

Dr. Catrin Homp (Tourismusverband Schleswig-Holstein e. V.): Die Tourismusfinanzierung ist das Top-Thema der kommenden Jahre, denn es wird darum gehen, wie wir die notwendigen Investitionen für den Tourismus sichern können.



Dazu gibt es verschiedene Wege und Möglichkeiten.

Die Kommunen sind der Motor für die touristische regionale Entwicklung. Natürlich findet das Geschäft in den touristischen Betrieben statt. Das ist unbestritten unsere wirtschaftliche Basis. Tourismus ist ein Produkt aus vielen Einzelleistungen, das als Gesamtprodukt auf der Verkehrsinfrastruktur und der Freizeitinfrastruktur aufbaut. Diesen Rahmen stellen die Kommunen her, in dem dann idealerweise wirtschaftliche Betätigung stattfindet. Dafür gibt es tatsächlich Paradebeispiele. Diese haben in Schleswig-Holstein dazu geführt, dass wir uns nach einem langen Prozess der Revitalisierung wieder auf der Erfolgsspur befinden. Das ist nicht einfach. Denn wenn eine Infrastruktur in die Jahre gekommen ist – das war in Schleswig-Holstein Anfang der 2000er in der Tat der Fall – stellt sich die Frage, wie man dort wieder herauskommt. Entscheidend ist, dass man den Mut für eine Strategie hat. Diesen Mut hat das Land gehabt und vor einigen Jahren eine sehr einschneidende Strategie auf den Weg gebracht, indem man sich entschieden hat, sich auf das Kerngeschäft zu konzentrieren und sich gefragt hat, wie man Erfolgsfaktoren schaffen kann. Diese Erfolgsfaktoren mussten auch passend für unsere Regionen sein, damit sie uns wieder auf den Wachstumspfad geführt haben. Das waren in der Tat die kommunalen Anfangsinvestitionen. Die Kommunen waren somit Impulsgeber bzw. „Motor“. Man hat clevere und smarte Konzepte entwickelt, damit auch wieder private Investitionen stattfinden konnten. Was nützt die schönste Seebrücke, wenn sich dort keine Geschäfte ansiedeln? Ich kann hierfür viele Erfolgsbeispiele aufzählen. Es fing an mit Scharbeutz, Heiligenhafen, Grömitz, St. Peter-Ording und Büsum, Büsum haben wir im Nachgang so aufbereitet, dass wir in der Tat sehr schön darstellen können, wie sich die Erstinvestitionen der Kommune für die Folgeinvestitionen ausgezahlt haben. Die Kommune hat auf einem strategischen Konzept aufbauend investiert und dazu Förderungen eingesammelt. Denn richtig ist auch, dass die Kommunen diese Investitionen nicht flächendeckend aus Eigenmitteln leisten können. Sie brauchen Förderung durch Bundes- und EU-Mitteln. Es wurden tolle Projekte initiiert, beispielsweise eine tideunabhängige Badelagune,

eine Promenade, das „Watt´n Hus“ als Freizeit- und Erlebniseinrichtung und ein Meerwasserwellenbad. Das waren Investitionen in Höhe von 60 Millionen Euro. Diese Investitionen haben private Investitionen in Höhe von 275 Millionen im Zeitraum zwischen 2013 und 2015 nach sich gezogen. Das bedeutet einen Hebeleffekt von 1 Euro öffentlicher Förderung zu 8 Euro Privatinvestitionen. Das ist ein Konjunkturprogramm „par excellence“ und hat Büsum wieder zu einem lebendigen Tourismusort gemacht.

Vors. **Anja Karliczek** (CDU/CSU): Die nächste Frage stellt Abg. Stefan Zierke für die SPD-Fraktion.

Abg. **Stefan Zierke** (SPD): Ich habe eine Frage an Herrn Dr. Braun und Frau Dr. Homp. Am besten jeder antwortet innerhalb von zweieinhalb Minuten. Es geht mir um die öffentlichen kommunalen Kassen. Diesbezüglich hören wir oft, dass diese bei den Investitionen den Blickwinkel eher nicht auf die touristische Infrastruktur richten. Sehen Sie das auch so, dass die touristische Infrastruktur immer hinten runterfällt? Was bedeutet das langfristig für die Wettbewerbsfähigkeit des Deutschlandtourismus? Glauben Sie, dass die politischen Vertreter in den Kommunen sich darüber bewusst sind, wie viel Wertschöpfung durch Investitionen in touristische Infrastruktur – vor allem in strukturschwachen Regionen – geschaffen werden kann?

Vors. **Anja Karliczek** (CDU/CSU): Herr Dr. Braun, wir beginnen mit Ihnen.

Dr. Michael Braun (Tourismusverband Ostbayern e.V., Bayern Tourismus Marketing GmbH): Ja, es ist tatsächlich so. In Bayern haben wir bisher eine sehr gute kommunale Finanzierung gehabt. Die Kommunen sind sich darüber bewusst, wie wichtig Investitionen in die touristische Infrastruktur sind – gerade auch in strukturschwachen Regionen wie Ostbayern. Man versucht hier unterschiedliche Förderinstrumente zu nutzen, etwa die GRW-Mittel (*Anm.: Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Regionalen Wirtschaftsstruktur“*) oder die Landesförderung.



Die Rahmenbedingungen haben sich indes stark verschlechtert. Wir haben die – Ihnen bekannte – Problematik, dass viele Aufgaben von der Landes- und Bundesebene auf die kommunale Ebene verlagert wurden – und zwar ohne ausreichenden Finanzausgleich. Die Kommunen stehen zusehends mit „dem Rücken an der Wand“. Tourismus ist eine freiwillige Aufgabe, auch im Infrastrukturbereich. Deswegen befürchten wir, dass wegen der mangelnden aktuellen Investitionsbereitschaft der Tourismus mittelfristig Schaden nehmen wird.

Dr. Catrin Homp (Tourismusverband Schleswig-Holstein e. V.): Ich kann mich dem nahtlos anschließen. Es ist tatsächlich so, dass die kommunalen Haushalte Rekorddefizite haben. Insofern ist es wichtig, dass es mittelfristig für die Kommunen in irgendeiner Form eine Aufgabenentlastung geben muss. In diesem Punkt stehen wir voll an der Seite der Kommunalen Spitzenverbände. Die Kommunen müssen besser ausgestattet werden und wir müssen eine Neuordnung der Finanzierungsgrundlagen und Aufgabenzuschüsse vornehmen. Wichtig ist, dass wir aus der Konkurrenzsituation zwischen freiwilligen Aufgaben und Pflichtaufgaben herauskommen. Oftmals wissen die Kommunen nicht mehr, wie sie ihre Pflichtaufgaben bestreiten sollen. Dann kann es natürlich dazu kommen, dass der Tourismus hinten „runterfällt“. Ich glaube, dass sich die Kommunen der Bedeutung des Tourismus sehr bewusst sind. Sie wissen sehr gut, welcher Wirtschaftsmotor nicht „ins Stottern“ kommen darf, und sie werden sich alle Mühe geben, das nach Möglichkeit zu refinanzieren.

Damit komme ich zum zweiten Punkt, der ganz wichtig ist. Es geht nicht nur um die grundlegende Ausstattung der Kommunen, sondern auch darum, es ihnen zu ermöglichen, Mittel selber zu generieren – beispielsweise aus Kur- und Tourismusabgaben. In Schleswig-Holstein werden allein darüber 70 Millionen im Jahr generiert, die in der Folge von den Kommunen für Infrastruktur und Marketing bereitgestellt werden können. Hier müssten allerdings rechtliche Hürden abgebaut werden. Diesbezüglich herrscht in vielen Bereichen Rechtsunsicherheit. Ich bin der Meinung, dass wir den Kommunen einen Werkzeugkasten an die Hand geben, mit dessen Hilfe sie – bedarfsgerecht

und individuell zugeschnitten – selbst entscheiden können, welche Instrumente sie für sich anwenden wollen.

Damit bin ich beim Punkt von Herrn Abg. Münzenmaier mit seiner Frage, wie wir auch private Leistungsträger mit in die Finanzierung einbeziehen können. Hierfür gibt es gut laufende Finanzierungsmodelle, sogenannte Poolmodelle. In Schleswig-Holstein nutzen wir eher traditionelle Instrumente, vornehmlich die Kurabgabe – das ist die größte Einkommensquelle für die Kommunen – sowie die Tourismusabgabe. Bei dieser haben wir eine gute Grundlage, die auch sehr rechtssicher zu handhaben ist. Leistungsträger – vom Zahnarzt bis zum Hotelier – werden fair und transparent zur Finanzierung herangezogen. Das ist für Kommunen einfach und sie können auf diese Weise vor Ort aushandeln, in welche Richtung sich die Orte entwickeln sollen.

Unser wichtiges Credo besteht darin, dass wir sagen: „Entwickelt eine Vision, wo ihr mit eurem Ort in 20 Jahren sehen wollt und was es dazu braucht“. Wir haben erfolgreiche Beispiele in Schleswig-Holstein, die zeigen, dass es funktioniert.

Vors. Anja Karliczek (CDU/CSU): Die nächste Frage stellt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Abg. Matthias Gastel.

Abg. Matthias Gastel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich habe eine Frage an den Herrn Dr. Braun. Sie hatten in Ihrer Stellungnahme darauf hingewiesen, dass es aus Ihrer Sicht bei der Tourismusfinanzierung einen dringenden Handlungsbedarf gibt und dabei auch Bezug genommen auf die Situation kommunaler Haushalte. In Ihrer Stellungnahme haben Sie die „Studie zur Tourismusfinanzierung“ angesprochen. Dazu würde ich gerne wissen, welche Erkenntnisse Sie sich von dieser Studie erhoffen.

Meine zweite Frage hat folgenden Hintergrund: Sehr oft wird uns im Tourismusausschuss berichtet, die Förderlandschaft sei schwer überschaubar und mit hohem bürokratischem Aufwand verbunden. Wie kann das Ganze aus Ihrer Sicht einfacher, digitaler und praxisnäher



organisiert werden?

Dr. Michael Braun (Tourismusverband Ostbayern e.V., Bayern Tourismus Marketing GmbH): Für die „Studie zur Tourismusfinanzierung“ wurden im letzten Bundeshaushalt Mittel bereitgestellt und auf das aktuelle Haushaltsjahr übertragen. Diese Studie müsste nun vom BMW in Auftrag gegeben werden.

Was erwarten wir uns von dieser Studie? Es geht insbesondere um die Frage, welche Modelle sich bei der Tourismusförderung und Tourismusfinanzierung bewährt haben. Dabei müsste man über die Länder- und Bundesgrenzen hinausschauen. Welche Finanzierungsinstrumente werden in anderen EU-Ländern genutzt? Welche rechtlichen Rahmenbedingungen sind dafür notwendig?

Wir haben gerade vorher von Frau Dr. Homp gehört, dass Schleswig-Holstein den Kurbeitrag als Hauptinstrument nutzt. Aber es gibt natürlich viele weitere Möglichkeiten. In der Studie müsste abgeklärt werden, welche Auswirkungen solche Instrumente für die touristische Nachfrage haben können.

Zur Frage zwei des Abg. Gastel zur Tourismusförderung ist zu sagen: In der Tat gibt es die „Förderdatenbank des Bundes“ (*Anm.: Zentrales Online-Portal der Bundesregierung für staatliche finanzielle Unterstützungen aller Art*). Aber wenn man kein großer Experte ist, kommt man meistens mit Stichwörtern nicht weiter. Hier denke ich, dass eine entsprechende Überarbeitung vonnöten wäre, damit auch im Bereich der Kommunalpolitik mit der Förderdatenbank erfolgreicher passende Förderprojekte gefunden werden können.

Ein großes Thema ist die Komplexität von EU-Förderprogrammen, die im Tourismus genutzt werden. Man denke nur an das LEADER-Programm der EU (*Anm.: LEADER = Liaison entre actions de développement de l'économie rurale – Förderinstrument der EU zur Stärkung und eigenständigen Entwicklung des ländlichen Raums*). Wir wissen natürlich, dass LEADER aktuell zur Diskussion steht. Insofern ist offen, inwieweit LEADER auch in Zukunft noch zur

Verfügung stehen wird. LEADER ist neben GRW ein wichtiges Instrument, um Infrastruktur zu fördern, insbesondere für Radwege, Freizeiteinrichtungen und Wanderwege etc.

Vors. **Anja Karliczek** (CDU/CSU): Die nächste Frage stellt Abg. Katalin Gennburg für Die Linke.

Abg. **Katalin Gennburg** (Die Linke): Meine Fragen richten sich an Frau Dr. Homp und Herrn Dr. Braun, wobei ich Sie bitten möchte, die Zeit zu 50 Prozent aufzuteilen.

Von Ihnen allen wird auf unterschiedliche Weise mehr öffentliches Geld und die Vereinfachung der Verteilung gefordert. Deswegen stellt sich die Frage, wie Sie als Tourismusorganisationen im Gegenzug sicherstellen, dass die Mittel einerseits effizient und sparsam eingesetzt werden und andererseits darauf ausgerichtet sind, den Tourismus nachhaltig zu gestalten.

Dr. Catrin Homp (Tourismusverband Schleswig-Holstein e. V.): Das Thema der öffentlichen Förderung ist essentiell, damit die Kommunen Infrastrukturmaßnahmen mit Auswirkungen für den Tourismus umsetzen können. Das schaffen die Kommunen nicht aus eigener Kraft.

Das Programm EFRE (*Anm.: Europäischer Fonds für regionale Entwicklung*) war dazu in den letzten Jahren ein gutes Mittel.

Jetzt sind die GRW-Mittel das zentrale Instrument. Unsere Forderung vonseiten des Deutschen Tourismusverbandes ist, dass der Anteil des Bundes für die GRW auf eine Milliarde Euro erhöht wird. GRW ist ein hocheffizientes System. Es wurde umfassend evaluiert, dass GRW ein sehr gutes Instrument ist.

Unser Wunsch in Richtung der Bundesebene ist weiter, sich dafür einzusetzen, dass der Tourismusbereich wieder in den Genuss der EU-Förderung kommt. Herr Braun hat zu Recht auf LEADER hingewiesen, ich selbst weise noch auf Interreg und auf EFRE als zentrale Instrumente hin (*Anm.: Interreg – offiziell „Europäische territoriale Zusammenarbeit“ – ist ein zentrales Förderprogramm der EU für grenzüberschreitende Projekte, das aus EFRE – „Europäischer Fonds für*



regionale Entwicklung“ – finanziert wird).

Zur Frage, wie wir sicherstellen können, dass die Mittel effektiv eingesetzt werden, möchte ich darauf hinweisen, dass es auf Landesebene Förderrichtlinien gibt, die vorgeben, dass es für die Gewährung von Fördermitteln eine lokale bzw. regionale Strategie geben muss, die wiederum auf einer Landesstrategie beruhen muss. Grundlage für alle Investitionsentscheidungen muss demnach eine klare Tourismus- bzw. Ortsentwicklungsstrategie sein. Dann hat man auch hinreichend Sicherheit, dass diese Projekte nachhaltig wirken.

Dr. Michael Braun (Tourismusverband Ostbayern e.V., Bayern Tourismus Marketing GmbH): Ergänzend ist zu beachten, dass bei solchen Strategien in der heutigen Zeit fraglich sein kann, wie langfristig man überhaupt planen kann. Wir leben in einer Welt, in der wir eine gewisse Flexibilität vorhalten müssen.

Natürlich gibt es beispielsweise in Städten wie Berlin immer Diskussionen zum Thema „Overtourism“. Aber wenn ich mir die Statistik von Berlin ansehe, befindet man sich dort seit zwei, drei Jahren im Sinkflug, was die touristische Quantität betrifft. Es muss ja nicht schlecht sein, wenn man eine gewisse Entlastung haben will. Aber Deutschland ist sehr unterschiedlich ausgeprägt. Wenn ich auf die Region Ostbayern oder unser gesamtes Bundesland Bayern verweise, gibt es da höchstens im alpinen Bereich einige Konzentrationen von Touristen. Im Übrigen sind wir durchaus bereit, viele Gäste willkommen zu heißen.

Ich möchte darauf zurückkommen, warum Tourismusförderung notwendig ist. Letztendlich ist es eine Querschnittsbranche. Frau Dr. Homp hat die Hebelwirkung der Förderung bereits vorgestellt. Wenn wir nicht über verschiedene Instrumente die touristische Infrastruktur fördern würden, würde diese Infrastruktur auch für die einheimische Bevölkerung entfallen. Wir alle wollen doch prosperierende Regionen mit einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung. Wir alle wollen eine zufriedene und glückliche einheimische Bevölkerung. Andererseits wird die dafür erforderliche Infrastruktur erst

durch eine touristische Förderung geschaffen, seien es die Radwege, die Wanderwege oder das Hallenbad. Diese Förderung ist insbesondere wichtig für den ländlichen Raum. Tourismusförderung ist nicht nur für den Gast und die Wirtschaft da, sondern auch für die einheimische Bevölkerung.

Vors. Anja Karliczek (CDU/CSU): Damit beenden wir die erste Runde und starten sogleich mit der zweiten. Das Wort für die CDU/CSU hat die Abg. Dr. Cornell-Anette Babendererde.

Abg. Dr. Cornell-Anette Babendererde (CDU/CSU): Meine Frage richtet sich an Frau Goertz-Meissner. Gerade vor dem Hintergrund einer „alternden Gesellschaft“ dürfte die präventive Gesundheitsversorgung immer mehr an Bedeutung gewinnen. Dabei spielen Heilbäder und Kurorte eine wesentliche Rolle. Damit wir diese medizinische und therapeutische Infrastruktur erhalten und „fit“ für die Zukunft machen, sind natürlich entsprechenden Investitionen erforderlich. Warum ist aus Ihrer Sicht eine gezielte Bundesförderung, speziell für die Stärkung, den Umbau und die Sanierung der Thermalbäder so wichtig? Ist ein volkswirtschaftlicher Schaden zu befürchten, wenn wir in diese Strukturen nicht nachhaltig investieren?

Brigitte Goertz-Meissner (Deutscher Heilbäderverband e.V.): Ich beginne mit dem Stichwort der „alternden Gesellschaft“. Der Gesundheitsmarkt boomt – und zwar nicht nur seit der Corona-Pandemie und nicht allein wegen der „alternden Gesellschaft“, die natürlich einen hohen Bedarf an Prävention hat. Wir verzeichnen zunehmend eine große Nachfrage von jungen Patienten, die zum Beispiel mit Burnout oder Haltungsschäden zu uns kommen. Hinzu kommen die Long-Covid-Patienten ebenso wie die Fatigue-Patienten. Ich könnte die Liste endlos weiterführen. Das heißt, wir müssen uns auf ganz neue Patientenkreise einstellen – auch auf junge.

Wir haben in Deutschland ungefähr 350 Heilbäder und Kurorte – teilweise hochprädikatisiert. Davon haben 200 ein Thermalbad und ungefähr 150 befinden sich in kommunaler Trägerschaft. Diese Heilbäder und Kurorte haben während der Zwangsschließung im Zuge der Corona-Pandemie



keinerlei Unterstützung bekommen, weil sie in kommunaler Trägerschaft waren. Diese Einrichtungen „stehen heute mit dem Rücken an der Wand“. Sie haben circa 4 bis 10 Millionen Euro Altschulden und die Kommunen müssten dringend in ihre Thermalbäder investieren. Thermalbäder sind teuer. Warum ist das so?

Thermalbäder können nicht so einfach geschlossen werden, weil das wegen des heilenden Wassers, welches Minerale, Sole und sonstige Heilmittel beinhaltet, sehr beanspruchend für die Rohre ist. Das ganze System in einem Heilbad ist sehr aufwändig. Nunmehr stehen kleinere Kommunen vor der Situation, dass die Nachfrage steigt. Die Thermalbäder müssten dringend aufrüsten, um für diese neuen Patientengruppen bereit zu stehen, aber ihnen fehlen die Mittel. Wir alle wissen, wie klein diese Kommunen sind. Nicht selten zählen diese Gemeinden nur 20.000 Einwohner und müssen gleichwohl diese Thermalbäder unterhalten. Wir haben mittlerweile drei Schließungen hinnehmen müssen.

Unsere Heilbäder dienen der Prävention und damit der Entlastung des Gesundheitssystems. Die Menschen können präventiv etwas für ihre Gesundheit tun. Das hilft, chronische Erkrankungen vorzubeugen, zu lindern. Das entlastet unser Gesundheitssystem.

Nun komme ich zur wirtschaftlichen Komponente unserer Thermalbäder. Das ist ein milliardenschwerer Wirtschaftsfaktor, der weit über den Ticketverkauf hinausgeht. Hunderttausende Menschen in diesen strukturschwachen, ländlichen Regionen sichern über diese Thermalbäder ihr Primäreinkommen. Wir sprechen von über 520.000 qualifizierten Arbeitsplätzen. Das sind nicht exportierbare Arbeitsplätze, Sie alle wissen das. Wir erzielen einen Bruttoumsatz von 25 Milliarden Euro pro Jahr und erbringen 2,3 Milliarden Euro Steueraufkommen.

Wenn also ein Thermalbad schließt, droht ein massiver volkswirtschaftlicher Schaden. Es ist ein Dominoeffekt zu befürchten. Er trifft vor allen die regionale Infrastruktur, den Arbeitsmarkt und das Gesundheitswesen. Wir haben hier ganz viele Punkte, die wir beachten müssen. Fällt eine

Therme als Hauptattraktion weg, bricht die lokale touristische Wertschöpfungskette in sich zusammen. Betroffen sind Hotels, Pensionen, Gastronomiebetriebe, Einzelhandel, Zulieferer, also nicht nur der Ort an sich, sondern die ganze Region ist letztendlich betroffen. Ich kann das aus eigener Anschauung berichten, weil ich aus Baden-Baden komme. Der halbe Nordschwarzwald wirbt mit der Therme in Baden-Baden. Würde sie schließen, beträfe das nicht nur die 28 Prozent aller Übernachtungen in diesen Heil- und Kurorten, sondern es würde weit größere Kreise in die ganze Region ziehen.

Wir wünschen uns deshalb ein Förderprogramm von der Bundesebene, weil die Kommunen nicht mehr in der Lage sind, die notwendigen Investitionen vorzunehmen, denn diese „stehen mit dem Rücken an der Wand“, insbesondere aufgrund der Altlasten. Das betrifft primär die Thermalbäder, die sich in kommunaler Trägerschaft befinden.

Vors. **Anja Karliczek** (CDU/CSU): Dann kommen wir zur Frage des Abg. Erhard Brucker für die AfD.

Abg. **Erhard Brucker** (AfD): Meine Fragen richten sich an Herrn Dr. Braun. Sie haben ja die kommunalen Defizite als ein besonderes Problem für die Förderung und die Erhaltung von touristischen Strukturen herausgestellt. Ist Ihnen bekannt, welche Kostenpunkte für die Kommunen deutschlandweit und in Ihrer Region die größte Herausforderung darstellen? Gibt es Ihrer Meinung nach ein strukturelles Problem im kommunalen Finanzwesen, etwa bei der Priorisierung der Pflichtaufgaben? Welche Maßnahmen würden Sie als geeignet empfinden, um den kommunalen Haushalten langfristig zu helfen?

Sie haben die Wichtigkeit der GRW-Fördermittel für die Tourismusförderung hervorgehoben. Da der Mittelabruf im Rahmen der GRW im touristischen Bereich im Vergleich zu anderen Bereichen wirklich sehr hoch ist, würden Sie für eine kurzfristige Anhebung des Anteils der Tourismusförderung im Bereich der GRW plädieren? Beziehungsweise können Sie uns Ihre Forderung nach einer Vereinfachung und Digitalisierung von Förderstrukturen an einem Beispiel erklären?



Dr. Michael Braun (Tourismusverband Ostbayern e.V., Bayern Tourismus Marketing GmbH): Den Kommunen sind viele Aufgaben im Sozialbereich übertragen, die sie finanzieren müssen. Das ist eine Mehrbelastung auf kommunaler Ebene. Auf der Einnahmenseite erleben wir aufgrund der aktuell nicht prosperierenden Wirtschaftslage einen Rückgang der Gewerbesteuererinnahmen. Gleichzeitig müssen die Kommunen ja auch die Landkreise finanzieren und die Landkreise finanzieren die Bezirke. Das heißt, wir haben die Bezirksumlage und wir haben die Landkreisumlage. Auch hier wurden in den letzten Jahren Erhöhungen durchgeführt. Bei den Landkreisen spielt die Finanzierung der kommunalen Krankenhausinfrastruktur eine zentrale Rolle. Das alles sind zusätzliche Belastungen auf der einen Seite. Auf der anderen Seite ist die Einnahmenseite der Kommunen rückläufig. In Summe reicht es nicht mehr, um genehmigungsfähige Haushalte aufzustellen.

Wir haben zum Beispiel einen touristisch geprägten Landkreis im Bayerischen Wald, der ein Problem hat, auf Landkreisebene einen genehmigungsfähigen Haushalt hinzubekommen. Der Landrat schreibt daraufhin alle Kommunen an und bittet darum, die freiwilligen Leistungen zu überprüfen und dort „den Rotstift anzusetzen“, Deswegen müssen manche Kommunen kapitulieren und Streichungen im Bereich „Tourismus“ durchführen, obwohl er für sie von enormer Bedeutung ist.

Von der GRW-Förderung profitieren eine Vielzahl an Bundesländern. Auch in dem Gebiet, für das ich verantwortlich bin, gibt es Teilregionen, die GRW-förderfähig sind, also Zielfördergebiet sind. Das Besondere der GRW-Förderung ist, dass es zwei Säulen gibt. Zum einen kann die touristische Infrastruktur gefördert werden. Zum anderen kann die GRW-Förderung zur Investitionsunterstützung auf gewerblicher Betriebsebene verwendet werden. Bei uns im Bayerischen Wald hat letzteres in den vergangenen Jahren enorme Bedeutung gehabt, gerade für die Weiterentwicklung der Hotellerie.

Leider haben wir in den letzten zwei Jahren eine Reduzierung der GRW-Mittel um 40 Millionen Euro erleben müssen. Ich glaube, dass GRW von Bundesseite das wichtigste Förderungsinstrument

ist. Natürlich hat der Bund auch Einfluss auf die EU-Förderung. Hierzu wurde gefragt, was hier vereinfacht werden kann. Als Beispiel kann ich die LEADER-Förderung nennen.

Wir als Tourismusverband Ostbayern bestreiten auch unterschiedlichste LEADER-Förder-Kooperationsprojekte. Bei LEADER müssen Sie das Projekt im Vorfeld schon zu 100 Prozent auf den Cent genau durchplanen – mit Ausschreibungen etc. Sie haben also mindestens ein bis eineinhalb Jahre Vorlauf. Wenn Sie ein Kooperationsprojekt machen, müssen Sie also eine Person für die LEADER-Förderung abstellen, die sich ausschließlich darum kümmert. Das ist also ein riesiges Vorinvest, obwohl man gar nicht weiß, ob das Projekt am Ende förderungsfähig sein wird. So wichtig LEADER zur Förderung der touristischen Infrastruktur vor Ort auch ist, muss hier eine Erleichterung in der Antragstellung herbeigeführt werden. Denn das Problem ist, dass wir kleine Einheiten haben, die diesem Aufwand gar nicht gewachsen sind. Wir als Verband sind natürlich über Jahrzehnte mit Mitarbeitern aufgestellt, die das bewältigen können. Normale Kommunen können so ein Projekt selber gar nicht mehr stemmen. Oder sie laufen Gefahr, Fehler zu machen, die dann rückwirkend in Form von Rückzahlungen abgestraft werden.

Vors. Anja Karliczek (CDU/CSU): Wir machen weiter mit einer Frage des Abg. Stefan Zierke für die SPD.

Abg. Stefan Zierke (SPD): Ich möchte meine Frage an alle Sachverständigen stellen – und zwar relativ einfach. Vor circa 20 Jahren wurde in Deutschland eine grundsätzliche Verabredung dahingehend getroffen, dass die Bundesebene für die Deutsche Zentrale für Tourismus (DZT), also für das Auslandsmarketing zuständig ist. Demgegenüber sollen sich die Länder um Tourismus und die dafür notwendige Infrastruktur kümmern. Ist das noch zeitgemäß?

Vors. Anja Karliczek (CDU/CSU): Dann fangen wir bei Herrn Höflich an, denn er hat schon am längsten gewartet.

Michael Höflich (Tourismus Initiative München (TIM) e.V.): Aus den Erfahrungen, die wir hier in



München gesammelt haben, sehe ich keinen Anlass, diese Aufgabenverteilung zu ändern oder Korrekturen daran vorzunehmen.

Wir haben in München ohnehin die Sondersituation, dass wir gerade im touristischen Bereich auf die angesprochenen Förderprogramme bisher in keiner Weise zurückgreifen konnten, weil wir bei keinem dieser Programme Fördergebiet sind und uns deswegen ohnehin in einer ganz anderen Situation befinden.

Wir haben uns daher einfach darauf konzentriert, wie wir das „Münchner Modell“ unter den gegebenen Umständen noch mal stärken können. Abg. Michael Kießling hatte ja vorhin auch gefragt, ob unser Modell „eins zu eins“ übertragbar ist. Bei uns in München geht es vor allem darum, dass wir das, was wir durch eine möglichst breite Mitgliedschaft an touristischen Leistungsträgern erwirtschaften und in den gemeinsamen Fonds einzahlen können, nach Möglichkeit noch ausbauen.

Dr. Catrin Homp (Tourismusverband Schleswig-Holstein e. V.): Das ist eine allumfassende Frage. Insofern möchte ich mich auf zwei Grundzüge beschränken. Wir brauchen die DZT mit einer angemessenen Finanzausstattung, damit sie den ausländischen Markt angemessen bearbeiten kann. Das ist umso wichtiger, weil wir Marktanteile der Deutschen Haupturlaubsreisen in Richtung Ausland verlieren. Wir hatten mal ein Verhältnis von zwei Drittel Ausland, ein Drittel Inland. Aktuell gehen wir auf 20 Prozent Inland zu 80 Prozent Ausland zu, obwohl Deutschland immer noch das wichtigste Urlaubsland für die Deutschen ist. Umso wichtiger ist, dass wir in ausländischen Märkten präsent sind. Die Konkurrenz schläft nicht.

Zu dem Thema Aufgabenteilung zwischen der DZT und den Bundesländern, möchte ich sagen, dass wir von der Aufgabe zur Struktur kommen müssen. Wir sollten zunächst die Aufgabe definieren. Aber grundsätzlich sehe ich im Moment keinen Ansatz, um an dieser Aufgabenverteilung grundlegend etwas zu ändern.

Brigitte Goertz-Meissner (Deutscher Heilbäderverband e.V.). Je mehr Geld die DZT

bekommt, umso besser ist das für Deutschland. Denn die Konkurrenz schläft nicht. Ich habe gerade von Frau Dr. Homp mit Freuden gehört, wie sie zur DZT steht.

Die DZT ist aber nicht so gut ausgestattet, wie sie sein könnte. Andere Länder haben nach der Pandemie deutlich „aufgesattelt“ und versucht, sich neu und besser am Markt zu positionieren. Dafür haben viele Länder – insbesondere im europäischen Ausland – viel Geld investiert. Angesichts der aktuellen geopolitischen Problemfelder und Krisen ist das umso wichtiger. Ich denke, wir sind mit der DZT grundsätzlich sehr gut aufgestellt. Aber wir müssen uns immer wieder aufs Neue positionieren. Die DZT hat richtige Weichen gestellt – das zeigen die Erfolge.

Ich finde es absolut richtig und wichtig, dass Sie als Tourismusausschuss sich immer wieder mit der DZT befassen – auch mit dem Ziel, dass die DZT finanziell so gut wie möglich ausgestattet wird.

Was die Aufgabenteilung zwischen Bund und Ländern anbelangt, ist klar, dass das Marketing grundsätzlich Ländersache ist. Aber die Förderung von unseren Thermalbädern sehe ich dann doch beim Bund. Es geht um eine vielfältige Aufgabe, die hier wahrgenommen werden muss, nämlich einmal im gesundheitlichen Bereich, einmal im gesellschaftlichen Bereich. Und natürlich geht es um Wirtschaftlichkeit. Dieser Aufgabe sollte man sich auch in diesem Ausschuss annehmen. Dafür bedanke ich mich sehr herzlich.

Dr. Michael Braun (Tourismusverband Ostbayern e.V., Bayern Tourismus Marketing GmbH): Unbestritten ist die DZT wichtig und zur Aufgabenverteilung haben meine Vorredner schon ausgeführt.

Ergänzend dazu vielleicht noch ein Hinweis von meiner Seite: Ich bin ja nicht nur Vorsitzender des Tourismusverbands Ostbayern, sondern auch Vorsitzender des Bundesverbands Deutsche Mittelgebirge. 33 Prozent der Übernachtungen in Deutschland entfallen auf die Mittelgebirgsregionen. Deswegen würden wir uns wünschen, dass die ländlichen touristischen Regionen Deutschlands in den Kampagnen der DZT auch Platz haben – und nicht nur die kulturell



hochwertigen Städte. Deswegen treffen wir uns nächste Woche auch mit der Vorstandsvorsitzenden der DZT, Frau Petra Hedorfer.

Vors. **Anja Karliczek** (CDU/CSU): Vielen Dank. Dann kommen wir zu Abg. Matthias Gastel von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Abg. **Matthias Gastel** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ich möchte den Blick noch auf aktuell anstehende politische Entscheidungen der Bundespolitik richten. Frau Goertz-Meissner und Frau Dr. Catrin Homp: Was sind Ihre Befürchtungen oder auch Hoffnungen, die Sie mit Blick auf anstehende Entscheidungen durch die Bundespolitik haben? Beispielsweise steht aktuell das Thema „Gesundheitsreform“ auf der Agenda. Das ist sicherlich auch für die Heilbäder und den gesamten Gesundheitstourismus von Relevanz.

Darüber hinaus werden die anstehenden Reformen auch Auswirkungen auf die finanzielle Leistungsfähigkeit der Menschen in diesem Land haben, was auch den Tourismussektor beeinflussen kann. Was sind Ihre Befürchtungen? Was sind Ihre Erwartungen an die anstehenden Entscheidungen des Bundestags?

Brigitte Goertz-Meissner (Deutscher Heilbäderverband e.V.): Die Gesundheitsreform ist im Augenblick ein ganz wichtiges Thema für uns. Wir würden uns gerne mit einbringen, weil wir Kompetenzzentren für Gesundheit sind. Wir können die meiste Kompetenz im Bereich Prävention und Rehabilitation einbringen. Das würden wir gerne frühzeitig tun und nicht erst auf Referentenentwürfe reagieren müssen.

Das Gleiche gilt für die Novellierung des Präventionsgesetzes. Hierzu haben wir gehört, dass es dazu schon vor der Sommerpause einen Referentenentwurf geben soll. Wir hatten rechtzeitig und frühzeitig darum gebeten, uns schnell und von Beginn an mit einzubinden. Das ist leider nicht passiert. Deshalb habe ich im Anschluss an die heutige Anhörung noch ein Gespräch im Gesundheitsministerium und hoffe, dass man dort unser Angebot annimmt, unsere Kompetenz mit einzubringen.

Vors. **Anja Karliczek** (CDU/CSU): Frau Dr. Homp, möchten Sie weitermachen?

Dr. Catrin Homp (Tourismusverband Schleswig-Holstein e. V.): Das ist wirklich eine sehr umfassende Frage. Die Wirtschaft beruht ja zu einem Großteil auf Psychologie, was sich besonders am Begriff des „Investitionsklimas“ zeigt. Mein großer Wunsch wäre, dass sich das Investitionsklima in Deutschland wieder zum Positiven ändert. Dazu brauchen wir Entlastungen bei den Lohn- und Energiekosten und Entscheidungen, die bei den Betrieben ankommen. Im Moment leiden speziell Hotellerie und Gastronomie sehr stark unter den hohen Energie- und Lohnnebenkosten. Beide Branchen sind ein wesentlicher Bestandteil des touristischen Angebotes. Insofern glaube ich, warten eigentlich alle darauf, dass es in der nächsten Zeit entscheidende politische Weichenstellungen und Einigungen gibt.

Der Urlaub ist für die meisten Menschen immer noch ein Grundbedürfnis. Die Menschen wollen reisen. Aber auch das wird irgendwann bei einer wirtschaftlich zunehmend schwierigeren Situation auf dem Prüfstand stehen. Wir merken das jetzt schon bei dem Thema „Anreisekosten“. Viele Menschen fragen sich, ob sie sich angesichts deutlich gestiegener Kosten noch eine weite Anreise in den Urlaub leisten können. Insofern möchte ich wirklich ein großes Plädoyer an die Politik richten, wichtige Reformprozesse anzustoßen und sich darauf zu einigen.

Vors. **Anja Karliczek** (CDU/CSU): Die letzte Frage dieser Fragerunde stellt Abg. Katalin Gennburg für Die Linke,

Abg. **Katalin Gennburg** (Die Linke): Meine Frage richtet sich an Frau Dr. Homp. Ich finde die GRW-Förderung grundsätzlich eine gute Sache. Aber wir sehen ja, dass es in der Tourismusfinanzierung darauf hinausläuft, dass sich die Städte entscheiden müssen, ob sie das Geld annehmen und ein Investitionsprojekt wirtschaftlich ausrichten, also auch Eintrittsgelder erheben, oder ob sie sich einfach entscheiden, gar kein Freibad o.ä. zu unterhalten. Das ist gewissermaßen die reale Auseinandersetzung, die wir erleben. Ein anderes Beispiel sind eintrittsfinanzierte Parks, wie wir sie



hier in Berlin haben. Deswegen geht es um die Frage, wie Entlastungen real stattfinden können. Sehen Sie nicht auch eine Tendenz, dass durch diese GRW-Finanzierung die Akzeptanz für Tourismusprojekte schwindet, weil die Leute das Gefühl haben, sie haben immer weniger Geld im Portemonnaie, aber immer größere Projekte werden von irgendwem, für irgendwen gebaut, der irgendwo herkommt? Auf der anderen Seite geht es um die Frage von Transparenz darüber, wie die Gelder tatsächlich ausgegeben werden. Wir reden hier um Großprojekte, die bis zu 100 Millionen Euro kosten und teilweise für die lokale Bevölkerung wenig sinnvoll sind. Deswegen meine Frage: Können Sie uns Ratschläge geben – mit Blick auf die Tourismusakzeptanz und die Frage, wie GRW noch transparenter ausgestaltet werden könnte?

Dr. Catrin Homp (Tourismusverband Schleswig-Holstein e. V.): Das Thema Tourismusakzeptanz ist wichtig, wenngleich ich denke, dass die Akzeptanz der GRW-Förderung eher ein kommunikatives Problem ist. Denn alles, was mit in der wirtschaftsnahen Infrastruktur im touristischen Bereich passiert, nutzt auch der einheimischen Bevölkerung. Denn die Lebensqualität vor Ort steigt und das kann man auch kommunizieren. Das ist eine ganz wichtige Aufgabe. Tourismusakteure sind in der Regel kommunikativ gut geschult. Man muss die Argumente in den Vordergrund stellen. Ohne den Tourismus gäbe es zum Beispiel den Bäcker, das Freibad, die Schule und den Kindergarten nicht. Vieles wäre ohne den Tourismus nicht möglich. Zudem ist das Grundgesetz ausdrücklich auf die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse ausgerichtet. Dafür ist GRW ein hervorragendes Instrument – gerade zur Stärkung strukturschwacher ländlicher Regionen.

Zuletzt möchte ich noch auf das Thema Transparenz eingehen. Die GRW-Projekte sind sehr gut evaluiert. Man kann sehr genau belegen, wie viel Investment zu zusätzlichen Arbeitsplätzen geführt hat. Bei der GRW sind es ungefähr 125.000 Euro pro Arbeitsplatz. Ländliche Wertschöpfungskreisläufe können mit GRW nachhaltig gestärkt werden. Das funktioniert nicht überall, denn Tourismus ist kein Allheilmittel für die gesamtsregionale Entwicklung. Aber dort, wo es seriös und ernsthaft eingesetzt wird, ist es ein sehr

gutes Instrument, um die Interessen von Bürgern, Gästen und Beschäftigten der Tourismusbranche zu vereinen.

Vors. **Anja Karliczek** (CDU/CSU): Wir sind am Schluss der heutigen Anhörung. Ich darf mich bei allen Sachverständigen im Namen des ganzen Ausschusses sehr herzlich bedanken, dass Sie dem Ausschuss zur Verfügung standen.

Ich glaube, es ist heute deutlich geworden, wie wichtig die Themen Tourismusförderung und Tourismusfinanzierung in Deutschland sind. Hier sind nicht nur die Kommunen und Regionen gefordert, sondern auch die Länder und der Bund sowie im weiteren Sinne auch Europa.

Offen geblieben ist die Frage, ob die örtliche und regionale touristische Infrastruktur, die gleichzeitig einen lebenswerten Raum für Einheimische schafft, weiterhin als „freiwillige Aufgabe“ oder eher als „Pflichtaufgabe“ der Kommunen anzusehen ist. Ich denke, dieses Thema wird uns noch länger beschäftigen.

Für heute bedanke ich mich nochmals für Ihre Zeit und Ihre Expertise.

Schluss der Sitzung: 16:02 Uhr

Anja Karliczek, MdB
Vorsitzende



Verweis auf Stellungnahmen der Sachverständigen im Anlagenkonvolut

Michael Höfllich

A-Drs. 21(20)68

Dr. Catrin Homp

A-Drs. 21(20)69

Dr. Michael Braun

A-Drs. 21(20)70

Brigitte Goertz-Meissner

A-Drs. 21(20)71